Nichts aber kennzeichnet die widerliche Heuchelei der Sprengkolonne treffender charakterisieren als der Zwischenruf: „Es ist eine Schande, daß am Totensonntag dieser Vortrag stattfindet!" — Uns ist diese geistige Verfassung jener Klasse nicht unbekannt. Der Verlauf des Abends hat deutlich genug bewiesen, daß ehrliche wissenschaftliche Forschung und der Fortschritt der Kultur nur unter dem Schutz der Arbeiterklasse gedeihen kann. Dafür ist sowohl der Dresdner Hirschfeld-Abend als auch die Entwicklung der Kultur in der Sowjetunion schlagender Beweis.

Aktion der IAH

Essen, 28. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Die IAH veranstaltete gestern abend im großen Saal des Saalbaues eine gutbesuchte Versammlung. Es sprachen der Reichstagsabgeordnete Florin und Genossin Hörnle. Darauf hin rollten zwei russische Filme über die Leinwand, die starken Beifall der Versammelten fanden.

55 000 Mark in Berlin gesammelt

Bis zum Sonnabend den 24. November sind von der Berliner Arbeiterschaft mehr als 55 000 Mark auf Sammellisten der Internationalen Arbeiterhilfe für die im Kampf stehenden Ruhrarbeiter gesammelt worden. So bedeutend diese Summe ist, die durch die Solidarität der Berliner Klassengenossen aufgebracht wurde, so ist sie doch gering im Verhältnis zu dem, was täglich für die Durchführung der Hilfsaktion erfordert wird.

215 000 stehen im Kampf, mehr als 60 Prozent, also fast 130 000 von ihnen, sind gewerkschaftlich nicht organisiert und leben von den Pfennigen, die ihnen von den Wohlfahrtsämtern zugebilligt werden. Wenn dieser Kampf, der ein wichtiger politischer Kampf ist, erfolgreich zu Ende geführt werden soll, so ist unbedingt erforderlich, daß neue Munition für die über 40 IAH-Küchen, die im Ruhrgebiet weit über 30 000 Arbeiter täglich speisen, zugeführt wird. Verstärkt auch die Sammlung in Ostsachsen!

Neue Stillegungen

Dortmund, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Am 24. November fand im Oberbergamt Dortmund unter Beteiligung von Werksleitungen, Betriebsvertretungen und Arbeiterverbänden, dem Landesarbeitsamt resp. den Behörden der Landes-, Kommunal- und Werksverwaltungen, sowie einiger benachbarter Zechen Verhandlungen über den Antrag der Mannesmann-Röhrenwerke vom 31. 10. auf Stillegung der Zeche „Unser Fritz" statt. Die Stillegung wird seitens der Mannesmann-Röhrenwerke mit dauernder Verlustwirtschaft begründet. Die von der Zeche für die Stillegung beigebrachte Veranlassung wurde als richtig anerkannt. Die Belegschaft der Zeche „Unser Fritz" beträgt zur Zeit noch 111 Angestellte und 121 Arbeiter.

Lohnbewegung bei der Post

Düsseldorf, 26. November. (Eigene Drahtmeldung.)

Hier versammelte sich am 24. und 25. November der Gesamtvorstand der Deutschen Postgewerkschaft. Der bestehende Lohntarif nahm den wesentlichsten Raum der Verhandlungen ein.

Der Vorstand schlug vor, den Lohntarif zum 31. 12. 28 zu kündigen, da den steigenden Lebenshaltungskosten entgegengewirkt werden müßte. Einstimmig wurde nach ausgiebiger Diskussion die Kündigung des Lohntarifs beschlossen.

Der tägliche Gastod

TU. Berlin, 26. November. **Wie Berliner Blätter melden, sind in der Nacht zum Sonntag im Berliner Osten vier Menschenleben durch ausströmendes Gas vernichtet worden. In der Carmen-Sylva-Straße beging eine 27jährige Frau mit ihrem 9jährigen Sohn aus Nahrungssorgen Selbstmord. Sie öffnete abends den Gashahn und wurden morgens tot aufgefunden. Durch einen Unglücksfall starben im Hause Weidenweg 2 Kinder an Gasvergiftung: der Schlauch des Gasherdes hatte sich gelockert. Bei der Mutter der beiden Kinder hatten Wiederbelebungsversuche Erfolg.**

Von der Lokomotivkupplung in voller Fahrt aufgespießt

TU. Paris, 26. November. Eine grausige Entdeckung machte der Lokomotivführer des Schnellzuges Bordeaux—Paris, als er auf einer Zwischenstation die Lokomotive nachsah. Zwischen den Puffern entdeckte er den leblosen Körper eines Mädchens, das mit dem Rücken an dem Haken der Kupplung hing, während ein Bein auf den Schienen schleifte. Das etwa 19jährige Mädchen wollte in der Dunkelheit während eines schweren Unwetters einen Damm übergang in der Nähe von Orleans überschreiten und wurde dabei von dem heranbrausenden Schnellzug erfaßt.

Ein Kampfblock gegen soziale Reaktion

Die erste Landeskonferenz der Arso

Dresden, am 26. November 1928.

Am Sonnabend und Sonntag tagte im Plenarsaale des Sächsischen Landtages die erste Landeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen Sachsens. Die über alle Erwartungen starke Beschickung der Konferenz aus allen Teilen Sachsens von etwa 28 verschiedenen, auf dem Gebiete der Sozialpolitik tätigen Organisationen ist ein sichtbares Zeichen dafür, welch starkes Echo der Ruf zum Zusammenschluß und organisierten Zusammenarbeiten bei allen denen gefunden hatte, die ernsthaft gewillt sind, den Kampf gegen die mehr und mehr erstarkende soziale Reaktion voranzutragen.

Diese Tatsache wurde auch bestätigt durch die Zusammensetzung der Konferenz. Von den etwa 141 Delegierten fiel die große Anzahl der Vertreter der Kriegsbeschädigten des Reichsbundes, des Reichsverbandes, des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, des Bundes der Kinderreichen, des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, besonders auf. Delegierte hatten weiter entsandt die Liga für Mutterschutz, die Blindengemeinschaft, der Verband der Sozialbeamtinnen, der Hebammenverein, die Mietervereine und die Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Von den lokalen Gewerkschaftsorganisationen waren vertreten: der Zimmererverband, die Maler, Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter und der Schuhmacherverband sowie eine Anzahl Delegierte einzelner Gewerkschaftskartelle. Die übrigen Delegierten setzten sich zusammen aus Vertretern der IAH, KPD, des RFMB, ISB, Erwerbslosenausschusses und Vertretern der Gemeindeverordnetenfraktionen. Bei der Betrachtung der politischen Parteizugehörigkeit ergab sich, daß neben etwa 30 Parteilosen, die sich in der Hauptsache aus den auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege tätigen weiblichen Delegierten rekrutierten, 2 Demokraten, 8 Sozialdemokraten, 1 Mitglied des Sozialistischen Bundes, 4 Angehörige des RFB und der übrige Teil der Delegierten der KPD angehörten.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte am Sonnabend die Reichstagsabgeordnete Frau Martha Arendsee über das Thema „Was will die Arso?" — „Bürgerliche und proletarische Sozialpolitik." In ihren mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen umriß sie das Wesen bürgerlicher Sozialpolitik und die Ziele der erstarkenden sozialen Reaktion. Mit einer Fülle statistischen Materials gab sie ein erschütterndes Bild des sozialen Elends der proletarischen Schichten, und nahm im letzten Teil ihrer Ausführungen zu den Aufgaben der proletarischen Sozialpolitik Stellung. Zweck und Ziel der Arso sei die Zusammenfassung und Organisierung aller auf dem Gebiete der Sozialpolitik tätigen Kräfte, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Am Sonntag vormittag nahm die Konferenz das zweite Referat des sächsischen Landtagsabgeordneten Gen. Röscher, entgegen, der im besonderen „Die Lage der Arbeiterschaft in Sachsen" aufzeigte.

Genosse Röscher leitete seine Ausführungen mit dem Hinweis darauf ein, daß alle Maßnahmen des bürgerlichen Staates, die sich in dem Begriff der Sozialpolitik zusammenfassen lassen, eines der Machtmittel des kapitalistischen Staates zur Aufrechterhaltung seiner Macht darstellen. Sozialpolitik des bürgerlichen Staates hat nicht die Aufgabe, die soziale Lage der unterdrückten Schichten zu ändern, sondern die Rebellion dieser betroffenen Schichten gegen den Staat einzudämmen, das wahre Gesicht der Klassenherrschaft zu verschleiern. An der Hand eines umfangreichen Materials umriß er die Folgen der Rationalisierungspolitik, der Erwerbslosigkeit, Häufung von Unfällen und Berufskrankheiten, höherer Verbrauch der Arbeitskräfte, die das allgemeine Elend verbreitern. Die Absicht des kapitalistischen Staates ist darauf gerichtet, einen verschärften Kampf gegen die Rechte der Arbeiter und gegen die sozialen Einrichtungen zu führen. Eines der bedeutsamsten Mittel zur Erreichung dieses Zieles ist die organisatorische und gesetzgeberische Zersplitterung in der Sozialpolitik, die u. a. auch darin beruht, daß die Leitung der Sozialpolitik einesteils Aufgabe des Reiches ist, anderenteils in den Händen der Kommune liegt. Die Tendenz der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspfleger bürgerlicher Organisationen ist, mit staatlicher Unterstützung die reaktionären Ziele des Klassenstaates zu unterstützen. Die Lasten der Sozialversicherung liegen ausschließlich auf den Schultern der proletarischen Schichten. Das Objekt der Sozialpolitik ist der Hilfsbedürftige. Der Begriff der Hilfsbedürftigkeit wird außerordentlich dehnbar behandelt. Maßgebend für die staatliche Fürsorge erfolgt nicht auf Kraft des Daseins der Hilfsbedürftigkeit, sondern auf Kraft des früheren Verdienstes des Hilfsbedürftigen. Die außerordentlich interessanten, von den Delegierten mit größter Aufmerksamkeit aufgenommenen Ausführungen des Genossen Röscher werden wir demnächst in einem besonderen Aufsatz wiedergeben. Im Anschluß an das Referat ergab sich eine äußerst interessante Debatte, in der u. a. auch der Medizinalrat Dr. Peters seine Stellung zur Sterilisierung asozialer Elemente darlegte. In wirkungsvollen Ausführungen unterstrich dann noch der Reichstagsabgeordnete Siegfried Rädel den Klassencharakter der bürgerlichen Sozialpolitik, kennzeichnete den Vormarsch der sozialen Reaktion und umriß die Aufgaben der proletarischen Sozialpolitik, die auf dem Boden des Klassenkampfes vorangetragen werden müsse. Nach den Schlußworten der Referenten faßte die Konferenz das Ergebnis ihrer Arbeit in der einstimmigen Annahme einer Resolution zusammen, die wir morgen zum Abdruck bringen. Zum Schluß wurde eine Landesleitung der Arso gewählt, die sich aus Vertretern verschiedenster sozialpolitischer Organisationen zusammensetzt. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die erste Landeskonferenz der Arso einen bedeutsamen Schritt auf dem Wege der Zusammenfassung und Organisierung aller Kräfte und Organisationen zum Kampf um die prolet. Sozialpolitik darstellt.

Der Weg des Zentrismus nach rechts

Sozialdemokratische Arbeiter gegen Koalition, „linke" Führer dafür

Das demagogische Manöver des sozialdemokratischen Panzerkreuzerantrages hat nicht vermocht, die Erregung der Arbeiterschaft über die verderbliche Koalitionspolitik der SPD zu beschwichtigen. Neben anderen Anzeichen legt davon Zeugnis ab der Artikel eines sozialdemokratischen Funktionärs, Paul Stöckel, Mühltroff, in der Plauener Volkszeitung vom 23. November. „Aus der Bilanz der Koalitionsregierung" zieht Stöckel den Schluß, daß durch die „wenigen kleinen Vorteile für das Proletariat die vielen und schwerwiegenden Nachteile in keiner Weise aufgewogen" werden konnten.

„Wenn die Fraktion und vor allem die Ministergenossen nicht mit Blindheit geschlagen sind, so müssen sie sehen, daß die Willkür der Unternehmer . . . keine Grenzen kennt, erst recht nicht, wenn wir mit ihnen die Regierungsverantwortung teilen. Was gilt für diese Leute ein Schiedsspruch, was eine ministerielle Verbindlichkeitserklärung? Nichts! . . .

Daß diese Frage (die Wehrfrage!) überhaupt angeschnitten werden muß, beweist die tief bedauerliche Tatsache, daß ein Teil der Partei sich nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes bewegt. Denn mit dem Augenblick, mit dem wir der Wehrfrage in irgendeiner Weise bestimmendes Interesse entgegenbringen, mit diesem Augenblick bewilligen wir auch schon die Mittel zur Wehrhaftmachung und . . . . die Mittel zu einem unendlich grausameren Völkermord."

Zur gleichen Zeit erscheint in einem Teil der sächsischen SPD-Presse ein Artikel des Schweizer Zentristen Reinhard, in dem festgestellt wird, daß sich die Sprecher der Sozialdemokratie im Reichstage nur „taktisch", nicht aber grundsätzlich von den bürgerlichen Wehrpolitikern abgegrenzt haben.

Die Fingerfertigkeit, mit der die SPD-Führer erst für den Panzerkreuzer, dann ein paar Wochen später gegen ihn stimmten, hat also selbst bei der sozialdemokratischen Arbeiterschaft keinen Eindruck gemacht. Breite Schichten der Arbeiterschaft verstehen, daß ihnen die SPD ein Spiel mit verteilten Rollen vorgespielt hat, zu dem Zwecke, ihr grundsätzliches Einschwenken in die Front der imperialistischen Wehr- und Aufrüstungspolitiker zu maskieren.

Während so die Desillusionierung der Massen fortschreitet, vollzieht sich im „linken" zentristischen Flügel der Sozialdemokratie ein weiterer Schritt nach rechts. Auf dem Boden gemeinsamen Volksbetruges zerflattern die scheinbaren Gegensätze zwischen dem „linken" und rechten Flügel der SPD in Nichts. Das wird besonders deutlich aus einem Artikel: „Zwischen Panzerkreuzer und Eisenkampf", der am 23. November in der Chemnitzer Volksstimme erschienen ist.

Sein Verfasser, Karl Böchel, glaubt die Frage so stellen zu können: „ob sie (die SPD) innerhalb der Koalitionsregierung den Kampf gegen die Reaktion fortsetzen, oder ob sie das Kampffeld verlegen soll."

Dieser „Linke" setzt also voraus, daß die Koalitionsregierung — ein „Kampffeld" sei, auf dem sich die Vertreter der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse treffen, um den Gegensatz der Klassen auszutreten. Das ist bekanntlich das alte Märchen der Wels und Hilferding, das bis vor einigen Monaten noch von den Zentristen scheinbar angegriffen wurde. Heute ist dieser angebliche Gegensatz ausgelöscht, die Koalitionsregierung ist auch nach der Auffassung der Zentristen nicht mehr eine Verbindung der Sozialdemokratischen Partei und der anderen bürgerlichen Parteien zur gemeinsamer Durchführung bürgerlich-imperialistischer Programme, sondern — ein Instrument des proletarischen Klassenkampfes.

Jedoch bleibt Böchel dabei nicht stehen. Auch in der Frage der Ruhraussperrung dieses gewaltigen Arguments der Geschichte selbst gegen die wirtschaftsdemokratische Philosophie tritt er entschlossen restlos auf den Boden des Vorwärts und der Wirtschaftsdemokraten. Er hat endeckt, daß sich

„das Rechtsbewußtsein unter der Oberfläche geändert hat und das neue Recht bricht sich plötzlich Bahn. Der Staat, der Streikposten mit dem Gummiknüppel bedrohte und die Streikenden Mark Unterstützungsgelder zu bewilligen und muß Front gegen die Eisenherren machen . . ."

Was ist das anderes als die Vorwärts-Losung, daß die Unternehmer gegen den Staat und der Staat gegen die Unternehmer kämpfe, daß nicht die Arbeiterklasse gegen den Bund der Unternehmer und des kapitalistischen Staates Front machen müsse, sondern lediglich abzuwarten habe, wie sich der kapitalistische Staat mit den Unternehmern auseinandersetze.

Das „Rechtsbewußtsein", das sich angeblich unter der Oberfläche geändert hat, hat sich bisher in nichts anderem geäußert, als in dem Unternehmerurteil des Duisburger Arbeitsgerichts, in der Reichstagsgesetzgebung über die faktische Ablehnung menschenwürdiger Unterstützungen für die Ruhrarbeiter und in der polizeilichen Beschlagnahme von Geldsammlungen für die Ausgesperrten.

Der „Kampf des Staates gegen die Eisenbarone" besteht in nichts anderem als in dem Versuch der reformistischen Führer, den tatsächlichen Gegensatz von Klasse gegen Klasse durch inhaltslose Phrasen zu vertuschen.

Auf dem Boden dieser Phrasen finden sich jetzt die Zentristen mit ihrem Parteivorstand zusammen, um das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verdunkeln, die reformistische Niederlagenstrategie der ADGB-Führer zu vertuschen, die Schlichtungsdiktatur der Wissell, Curtius zu retten und die Anwendung ernster Kampfmethoden durch die ausgesperrten Arbeiter zu verhindern. Jedoch auch diese Vereinigung der „Linken" und rechten SPD auf dem Boden des Verrats wird nichts mehr nutzen, sie zeigt nur, daß niemals ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen den Führern des „linken" SPD-Flügels und der Sozialdemokratischen Partei bestanden hat. Sie zeigt auf, der anderen Seite, wie notwendig es ist, daß die Arbeiter den Zentristen die Gefolgschaft aufkündigen und sich in immer stärkeren Massen der großen revolutionären Kampffront anschließen, die von der Kommunistischen Partei organisiert wird.

Furchtbare Sturmflut auf Sylt

Eine Sturmflut, wie sie seit Jahren nicht beobachtet werden konnte, hat die Insel Sylt heimgesucht. Zwei Dörfer und die Halbinsel Ellenbogan wurden durch die hereinbrechenden Fluten vom Verkehr mit der Insel völlig abgeschnitten. Der Hindenburgdamm ist gefährdet. Ein Zug blieb auf der Fahrt stecken.

Von überall laufen Meldungen über Sturmschäden ein. In ganz Sachsen, auch in Dresden, setzte gestern Sturm ein. Während jedoch in Dresden nur geringer Schaden angerichtet wurde, meldet man aus Thüringen ein Todesopfer. Der Kassierer Rüdiger aus Gera erlitt durch eine zuschlagende schwere Tür einen so schweren Schädelbruch, daß er kurze Zeit darauf starb. Der Sturm hat auf dem Meere zahlreiche Schiffe in Seenot gebracht. Jetzt ist noch nicht die Zahl der verwundeten Matrosen abzusehen. Strandungen von mit wertvollen Gütern beladenen Schiffen sind jedoch an der Tagesordnung.

Sylt in Erwartung neuer Springfluten

TU. Berlin, 26. November. Nach einer Meldung des Montags aus Westerland fällt das Barometer ständig. Während der Durchschnitt sonst 760 beträgt, ist es auf 718 gefallen. Infolgedessen erwartet man, namentlich mit Rücksicht auf den Neumond, neue schwere Springfluten. Ganz Sylt befindet sich infolgedessen gewissermaßen in Alarmzustand. Hunderte von Arbeitern, die teilweise mit der Bahn vom Festlande herantransportiert worden sind, arbeiten Tag und Nacht, um die Beschädigungen mit Tausenden von Sandsäcken auszufüllen und weitere Zerstörungen zu hindern. Die Verbindung mit dem Festlande ist noch nicht unterbrochen, die Züge verkehren regelmäßig.

Ueberschwemmungsgefahr in Holland

TU. Berlin, 25. November. Hoek van Holland meldet einen Wasserstand, der 2,5 Meter über dem Amsterdamer Pegel mißt. Man befürchtet große Ueberschwemmungen, wie sie im Jahre 1916 das Land heimsuchten.

Einsturz eines Neubaues bei Neuringen

TU. Düsseldorf, 25. November. Am Sonnabendnachmittag stürzte in Neuringen aus bisher noch nicht festgestellter Ursache der bis zum zweiten Stockwerk gediehene Neubau eines Giebels der landwirtschaftlichen Schule zusammen. Glücklicherweise konnten die auf dem Bau befindlichen Arbeiter noch rechtzeitig gewarnt werden, so daß Menschenleben nicht zu beklagen sind. Durch den Einsturz wurde auch die Giebelwand der alten Landwirtschaftsschule beschädigt und zum Teil eingerissen. Wie durch ein Wunder wurde in den angrenzenden Räumen, in denen Unterricht abgehalten wurde, niemand verletzt.

★

Herbststürme über England

Ueberall große Verheerungen

Der Herbststurm, der in diesen Tagen über England und das Küstengebiet brauste, hat überall Zerstörungen und Schäden angerichtet. Der Wind wütete mit einer Stundengeschwindigkeit von über 100 Kilometer.

Unser Bild zeigt eine der Hauptverkehrsstraßen in England, die Waterloostraße, wo der Sturm eine Holzwand umwarf und den Verkehr für längere Zeit unterbrach.

★

SLUB
Wir führen Wissen.